

Parteichef im Gespräch; Politbüro-Mitglied Kazimierz Barcikowski, 54, Anführer des liberalen Parteiflügels und Autor des Programms für die Parteireform; Mieczyslaw Rakowski, 55, Vizepremier, ZK-Mitglied und Verhandlungs-Experte mit der „Solidarität“; der bisher farblose Wirtschaftsexperte Janusz Obdowski, 51. Als Vizepremier ist er zuständig für die Finanzen und den Außenhandel. Obdowski war bereits Minister für Arbeit.

Zwei der Militärs im Krisen-Management, das sich „Direktorium“ nennt, haben spezielle Erfahrungen im Niederschlagen von Revolutionen: General Siwicki führte die polnischen Einheiten, die 1968 in die ČSSR einmarschierten, General Kiszczak war als Verantwortli-

diskreditierte Partei ähnlich wie János Kádár nach dem ungarischen Volksaufstand von 1956 auflösen und eine neue Partei unter anderem Namen gründen will.

Die Basis dafür soll offensichtlich die vom Direktorium angeordnete Gründung örtlicher „Komitees zur Nationalen Rettung der Nation“ schaffen; auch ehemalige Mitglieder der „Solidarität“ wurden aufgefordert, ihm beizutreten. Doch bisher haben sich Gewerkschafter in größerer Zahl nicht bekehren lassen.

Bei seinen Bemühungen, mit dem noch immer in der Nähe von Warschau unter Hausarrest gestellten Arbeiterführer Walesa zu Verhandlungen zu kommen, hat Vizepremier Rakowski auch mit den Warschauer Rechtsanwälten Si-

zung, die befiehlt und zwingt, und die Untergebenen, die im Haß schweigen müssen.“

Mit wem aus der Gewerkschaft also die Militärjunta angeblich in der vorigen Woche Gespräche geführt hat – wie vom Militärsprecher Hauptmann Górnicki bei einem Besuch in Kopenhagen verkündet – ist unbekannt; Górnicki wollte Namen nicht nennen.

Bekannt ist, daß bei Verhandlungen mit der Junta über Wirtschaftsfragen mindestens dreimal der Gewerkschafter Stanislaw Rusinek dabei war, Mitglied des Präsidiums der „Solidarität“ in der Warschauer Region. Als Kollaborateur trat im polnischen Rundfunk „Solidaritäts“-Funktionär Marek Burski aus Lodz auf, der sich als ehemaliger Streikkommissar vorstellte und die Arbeiter zur Zusammenarbeit mit dem Militär aufrief.

Prominenter ist die Liste der „Solidaritätsführer“, die sich aus dem Untergrund meldeten und in Flugblättern Mitte voriger Woche zur Vorbereitung eines Generalstreiks aufriefen.

Zu den Untergetauchten gehören der „Solidaritäts“-Chef der Warschauer Region, Zbigniew Bujak, der Gewerkschaftsführer der „Ursus“-Werke, Zbigniew Janas, und der Streikführer auf der Danziger Leninwerft und engster Walesa-Mitarbeiter Bogdan Lis.

Daß der Kampf der „Solidarität“ nach Meinung vieler Polen noch nicht zu Ende ist, ließ in einem Kommentar sogar „Radio Polonia“ über die Auswirkung des Kriegsrechts durchblicken: „Das mußte tiefe Narben in der menschlichen Psyche hinterlassen, die sich nicht wie Schweißperlen abwischen lassen. Haben wir es mit einer heilbaren Krankheit zu tun – oder nicht?“



Ansturm auf einen Getränkeladen: „Untergebene im Haß“

cher 1970 beim blutigen Militäreinsatz gegen die Arbeiterunruhen in Danzig dabei.

Die Partei, deren Chef Jaruzelski ist, spielt bei der Lösung der polnischen Probleme auch weiterhin keine Rolle. In allen Woiwodschaften wird sie derzeit von „unzuverlässigen“ Mitgliedern – meist liberalen – gesäubert, fast 100 Spitzenbeamte, darunter fünf Woiwoden und zwei Bürgermeister, verloren ihre Ämter, weil sie „mit den neuen Aufgaben des Kriegsrechts nicht fertig geworden sind“.

Weit mehr Genossen haben die Partei seit der Junta-Herrschaft aus Protest verlassen, so der Publizist Jagiello, Vize-Chef der Kulturabteilung im ZK, und der gesamte Redaktionsstab der Wochenzeitung „Kultura“. In Bromberg haben enttäuschte Genossen nachts einen Sarg vor das Parteihaus gestellt, bis oben angefüllt mit zerfetzten Parteiausweisen.

Vieles spricht dafür, daß Jaruzelski die mit der Katastrophe belastete, schwer

la-Nowicki und Jan Olszewski Gespräche geführt.

Beide Juristen hatten nach den Arbeiteraufständen in Radom streikende Arbeiter vor Gericht verteidigt und gehörten zum Beraterstab der „Solidarität“. Doch Walesa machte immer noch zur Bedingung, daß die gesamte inhaftierte Führung der „Solidarität“ freigelassen und das polnische Episkopat an den Gesprächen beteiligt werde.

Aber auch die polnische Kirche, vor allem ihr Primas, Erzbischof Glemp, schien nicht mehr, wie noch vor dem 13. Dezember, bereit, den Dialog mit Jaruzelski wiederaufzunehmen. Die Kirche verlangte, daß zuvor das Kriegsrecht falle und wollte sich vorerst auf die Rolle des Vermittlers zwischen den Militärs und der „Solidarität“ beschränken.

Der Primas hat nach einem Besuch bei Internierten in einem Warschauer Frauengefängnis in seiner Predigt am Dreikönigstag erneut das Kriegsrecht verurteilt: „Wir möchten nicht gerne eine Gesellschaft sehen, die geteilt ist in die Füh-

RÜSTUNG

Gelber Regen

Mit einem Blatt und einem Zweig wollte die US-Regierung beweisen, daß Moskau toxische Waffen einsetzt. Eine US-Nachrüstung in solchen Waffen steht angeblich bevor.

Amerikas Außenminister war wieder einmal zu schnell. Als erste Informationen über geheime Labortests aus dem State Department in die US-Presse sickerten, ließ er sich zu der Behauptung hinreißen: „Wir haben handfeste Beweise aus Südostasien, daß die Sowjet-Union und ihre Alliierten tödliche chemische Waffen einsetzen.“ Die beschuldigten Regierungen belehrte er: „Die Benutzung solcher Toxine ist vom Genfer Protokoll von 1925 verboten.“

Das war bei seinem Berlin-Besuch am 13. September 1981. Die Beweisstücke, die Haigs Helfer im State Department in Eile kurz darauf präsentierten, wirkten

dürftig: ein Blatt und ein Zweig „von einem Busch oder Baum irgendwo an der Grenze zwischen Kambodscha und Thailand“. Und diese Beweise sind in den vergangenen vier Monaten nicht stärker geworden.

Labortests hätten ergeben, ließ Washington verlauten, daß die vorgezeigten Pflanzenteile von drei Pilzgiften, sogenannten Mykotoxinen, befallen seien: Sowjetische Transportflugzeuge vom Typ Antonow An-12 und Hubschrauber sowjetischer Bauart mit vietnamesischen Hoheitszeichen hätten die Gifte als „gelben Regen“ versprüht.

Als Opfer („einige tausend“) ortete das State Department besonders den Stamm der Hmong in Nordlaos, der während des US-Krieges in Vietnam auf Amerikas Seite gekämpft hatte. Auch die Symptome der Leiden beschrieb Washington genau: „Benommenheit, Ohnmacht, Bluthusten, Schock und Tod derjenigen, die in direkte Berührung mit den versprühten Stoffen kamen.“

Moskaus Nachrichtenagentur Tass reagierte auf die Anschuldigungen in der gewohnten Tonlage: „Böswillige Verleumdungen und antisowjetische Farce.“

Weit gewichtiger klangen die Zweifel angesehener Experten der chemischen und biologischen Kriegführung, die die US-Regierung bis heute nicht ausräumen konnte. „Es fällt mir schwer, dies zu glauben“, wandte der Biologe Matthew Meselson von der Harvard University ein. Vom wissenschaftlichen Standpunkt sei es „ungeheuerlich“, aus nur einer Probe so weitreichende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Sein britischer Kollege Julian Perry Robinson von der Universität Brighton pflichtete ihm bei: Die Beweisführung des US-Außenministeriums sei „erstaunlich ungeschickt“.

Die Forscher nahmen sich besonders zwei Behauptungen des State Departments vor:

- ▷ „Diese Mykotoxine kommen in warmen Klimazonen, zum Beispiel in Südostasien, in der Natur nicht vor.“
- ▷ Drei verschiedene Pilzgifte gleichzeitig auf einer Pflanze beweisen, daß die Gifte von außerhalb hergeschafft wurden.

Forscher Robinson zum SPIEGEL: „Auch nur eine oberflächliche Durchsicht der wissenschaftlichen Literatur

zeigt, daß dies nicht stimmt.“ Mykotoxine seien auf Pflanzen in nahezu allen Bodenarten und Klimazonen zu finden – von arktischem Permafrost bis in die Wüste Sahara.

Und daß zwei Toxine auf einer Pflanze gleichzeitig vorkämen, weise die Fachliteratur bereits seit 1972 nach. Eine Studie aus Frankreich beschreibe sogar gleich drei verschiedene Mykotoxine auf einer auf natürlichem Wege verschimmelten Getreidesorte.

Was hinter Washingtons Anschuldigungen an die Adresse Vietnams und der Sowjet-Union stecken könnte, formulierte der britische Forscher vorsichtig: Noch in diesem Monat, vermutlich in seinem Bericht zur Lage der Nation am 26. Januar, wolle Präsident Reagan eine Erhöhung der Ausgaben für chemische



Opfer von C-Waffen-Tests: 6000 Schafe tot

Kampfstoffe ankündigen. Kosten für die ersten fünf Jahre des Programms: acht Milliarden Dollar.

Beide Weltmächte besitzen unbestritten bereits heute große Arsenale chemischer Waffen. Als jedoch 1969 bei einem Kampfstoff-Versuch im US-Bundesstaat Utah 6000 Schafe umkamen, unterließ Washington die Herstellung neuer C-Waffen. Eine Nachrüstung auch auf diesem Gebiet könnte einen neuen Konflikt zwischen Washington und Bonn heraufbeschwören; in der Bundesrepublik lagern US-Kampfstoffe, die längst überholt sind.

Hätten die Sowjets Giftstoffe nicht nur hergestellt, sondern auch angewendet, würde dies ein starkes Argument für eine C-Nachrüstung abgeben. So schickte denn die US-Regierung schon im Oktober vergangenen Jahres im Experten-

team in die Hauptstädte der wichtigsten Nato-Verbündeten, um ihre Anschuldigungen gegen Moskau zu wiederholen. Überzeugende Beweisstücke konnte die Gruppe den Regierungen und ausgewählten Journalisten jedoch nicht präsentieren.

Am 22. Oktober kündigte dann John H. Holdrige, Unterstaatssekretär für Ostasien im State Department, Gewebeproben an, die von seziierten Guerillaleichen aus Kambodscha stammten: Resultate stehen bis heute aus.

Kurz darauf war sich Richard Burt, Leiter der Abteilung für politisch-militärische Fragen im Außenministerium, vor einem Senatsunterausschuß sicher: „Wir haben jetzt eindeutige Beweise.“ Harvard-Professor Meselson konterte erneut: „Es bestehen weiterhin sehr ernsthafte Zweifel, ob die angeführten Beweise der Regierung ausreichen.“

Auf Vortragsveranstaltungen in Amerika-Häusern stellte Ende vergangenen Jahres zudem der amerikanische Journalist Sterling Seagrave ausführlich sein Buch „Gelber Regen“ vor*, das – Zufall oder Absicht – genau zum Zeitpunkt der Haig-Rede in Berlin erschienen war. Darin wiederholt Autor Seagrave, der bei seinen Recherchen in Südostasien und Afghanistan Kontakte zu Amerikas Geheimdiensten pflegte, die Behauptung der US-Administration vom Einsatz toxischer Waffen. Überzeugende Beweise vermochte auch er nicht vorzulegen.

Eine Expertengruppe der Vereinten Nationen bereitete der amerikanischen Regierung vergangenen November die nächste Enttäuschung. Im Auftrag von Generalsekretär Waldheim sollte das vier Mann starke Team unter Leitung des ägyptischen Experten Generalmajor Dr. Esmat A. Ezz den Anschuldigungen vor Ort nachgehen – Beweise für Haigs Tatarennachricht fanden auch diese Forscher nicht.

In ihrem Bericht an die Uno-Generalversammlung melden die Fachleute, sie hätten lediglich Zugang zu Flüchtlingslagern in Thailand erhalten. Dort aber waren nicht einmal die Flüchtlinge auszumachen, die das State Department als Augenzeugen der Gift-Einsätze benannt hatte.

Die Ärzte in den Lagern führten den Uno-Recherchieren keine Opfer vor, deren Leiden eindeutig auf den Einsatz toxischer Waffen schließen ließen.

Auf der weiteren Suche nach Beweisen für den Einsatz toxischer Waffen bekam die US-Regierung jetzt unerbetene Hilfe: Robert K. Brown, Herausgeber des Söldner- und Abenteuerermagazins „Soldier of Fortune“, verspricht jedem sowjetischen oder vietnamesischen Piloten, der mit „tödlichen chemischen und/oder biologischen Stoffen“ in den Westen desertiert, eine Prämie von 100 000 Dollar. ◆

* Sterling Seagrave: „Yellow Rain. A Journey Through the Terror of Chemical Warfare“. M. Evans and Company, New York 1981, 11,85 Dollar.